

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/042/2007

Sozialausschuss am 14.01.2008

Zu Punkt 9:	Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Kreis Mettmann Strukturelle Indikatoren für bedarfsgerechte Integrationsarbeit - Eine Datensammlung - (Fortschreibung der Bestandsaufnahme zur Situation und Integration ausländischer Menschen im Kreis Mettmann von 2003)
--------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zunächst weist Herr Richter darauf hin, dass die vorgelegte Datensammlung Grundlage für mögliche Konzepte ist. Aufgrund dessen wurden an dieser Stelle weder Rückschlüsse noch Interpretationen vorgenommen.

Herr Richter stellt dar, dass im Rahmen der Datensammlung der Kreis Mettmann auch das Thema Delinquenz aufgenommen hat; dies unabhängig vom Hintergrund der aktuellen Diskussionlage. Er macht jedoch deutlich, dass einerseits die Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nicht-Deutschen aufgrund der unterschiedlichen soziokulturellen Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppen nicht direkt vergleichbar ist. Andererseits ist für weitere Rückschlüsse eine tiefergehende gesonderte Betrachtung des Themenfeldes unbedingt erforderlich.

Frau Hecker stellt die wesentlichen Eckpunkte der Datensammlung anhand einer Powerpoint-Präsentation vor und beantwortet anschließend Fragen aus den Reihen des Ausschusses.

Frau Kornak bittet, das Diagramm zur Verteilung der ausländischen Bevölkerung zu den „übrigen Ländern“ zumindest nach Kontinenten zu differenzieren. Nach ihrer Kenntnis ist dies über eine Software der Ausländerbehörde möglich. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob solche Daten abrufbar sind; Herr Richter sagt dies zu.

Zur Frage von Frau Kornak bezüglich der Ausländer mit acht Jahren Aufenthaltsdauer berichtet Frau Hecker, dass es sich hier um Angaben aus dem Kennzahlenset der Bertelsmann-Stiftung handelt. Hiernach ist ein Aufenthalt von acht Jahren in Deutschland eine der Voraussetzung für eine Anspruchseinbürgerung. Daneben müssen weitere Voraussetzungen erfüllt sein; hierzu gehören ausreichende Deutschkenntnisse, Straffreiheit, eine eigenständige Existenzsicherung der Familie, die Aufgabe der Herkunfts-Staatsbürgerschaft sowie Verfassungstreue.

Herr Schnitzler bedankt sich für die gelungene Darstellung, weist aber darauf hin, dass die Statistiken deskriptiv (beschreibend) seien und keine vorschnellen Schlüsse gezogen werden dürfen. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und eine Interpretation fehlen jedoch noch. Das Integrationskonzept mit seinen Zielen ist mit den Eckpunkten der Datensammlung zu verbinden, um zu einer Analyse kommen zu können.

Die Verwaltung wird gebeten, diese zu erstellen.

Herr Richter sagt zu, die Handlungsschwerpunkte in den Arbeitskreisen Integration intern und extern zu beraten und ein Ergebnis Ende 2008 dem Ausschuss vorzustellen.

Frau Hustädt stellt fest, dass die Schulabschlüsse in Hilden sehr positiv seien. Sie fragt nach, ob es sich hier um Schüler an Hildener Schulen oder um Hildener Einwohner handelt.

Frau Hecker erklärt, dass es sich lt. Mitteilung des LDS um Schüler handelt, die in Hilden wohnen. Sie sicherte zu, hierzu eine nochmalige Nachfrage beim LDS zu halten.

Anmerkung:

Das LDS teilte am 21.01.2008 mit, dass bei den Schulabgängern nicht der Wohnort des Schülers (wie zunächst in der Sitzung dargestellt), sondern der Standort der Schule erhoben wird. Aufgrund der geringen Zahl der Ausländer (12) bzw. Aussiedler (9), die im Erhebungsjahr insgesamt ein Weiterbildungskolleg des Kreises verließen, wird hierdurch das vorgestellte Bild nicht verzerrt. Die Aussage und die Relevanz des Schaubildes bleibt somit bestehen.

Zusammenfassend wird die vorgelegte Datensammlung als gute Grundlage und Datenbasis für die weitere Arbeit sowohl in den Fraktionen als auch in den ka Städten angesehen. Hier wird ein Vergleich der Städte untereinander angeregt, um strukturelle Probleme anzugehen und für eine Gleichartigkeit zu sorgen.

Herr Richter bestätigt, dass hier auch für die ka Städte Arbeitsansätze liegen, wodurch auch ein hoher Handlungsdruck entstehen kann.

Er sagt zu, den Ausschuss über die Arbeitsergebnisse aus den Facharbeitskreisen intern und extern zeitnah zu unterrichten.

Herr Richter hält die Datensammlung für eine besonders wichtige Grundlage der zukünftigen Maßnahmenentwicklung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen